Stadt Dessau-Roßlau

21.02.2020

Vorlage

Drucksachen-Nr.:	**FV/028/2019/SPD**
Einreicher:	Der Oberbürgermeister
Verantwortlich für die Umsetzung:	Fraktion der SPD

Beratungsfolge	Termin	Abstimmungsergebnis	Bestätigung
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt	16.01.2020	zurückgestellt	
Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport	19.02.2020	Abgelehnt mit Ja 2 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 0	
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt	20.02.2020	zurückgestellt	
Stadtbezirksbeirat Ziebigk und Siedlung	09.03.2020		

Titel:
Umbenennung der Straße "An der Ziebigker Kirche" in "Dr.-Martin-Müller-Straße"

Beschlussvorschlag:
Umbenennung der Straße „An der Ziebigker Kirche“ in „Dr. Martin Müller Straße“

Begründung: siehe Anlage 1

Anlage 1:
Im Jahr 2019 jährt sich der 30. Todestag des ehemaligen Kirchenpräsidenten Dr. Martin Müller. Mit der Umbenennung der Straße soll an eine Persönlichkeit erinnert werden, die sich innerhalb der evangelischen Kirche gegen den Nationalsozialismus stellte. Zwischen 1961 und 1970 war er Kirchenpräsident und Vorsitzender des Landeskirchenrates in der evangelischen Landeskirche Anhalt. Die AG Geschichte der Stadt Dessau-Roßlau, die Kirchengeschichtlichen Kammer und der Gemeindekirchenrat der Cristusgemeinde/Ziebigk haben diese Umbenennung empfohlen.

Zur Person:
Martin Müller (1903 - 1989) studierte Theologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Universität Leipzig sowie an der der Georg-August-Universität Göttingen. Im Jahr 1924 wurde er im Vikariat im Kirchenkreis Bernburg eingesetzt. Martin Müller legte ein Jahr später sein zweites Theologisches Examen in Anhalt ab. 1926 übernahm Martin Müller eine Assistenzstelle an der Georg-August-Universität Göttingen, dort erwarb er 1928 den akademischen Grad eines Dr. theol. Im gleichen Jahr wurde Martin Müller in der Köthener Martinskirche ordiniert.

Nach Einsätzen als Hilfsprediger sowie Studentenpfarrer in Köthen, anschließend als Hilfsprediger in Dessau, wurde Martin Müller 1929 zum Pastor an der Dessauer Johanniskirche bestellt. 1933 wurde ihm der Vorsitz des Pfarrernotbundes, kurze Zeit später jener des Landesbruderrates der Bekennenden Kirche in Anhalt übertragen. 1943 erfolgte Martin Müllers Einberufung zum Sanitätsdienst, im Sommer 1945 kehrte er aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft nach Dessau zurück. Im gleichen Jahr erhielt Müller die Mitgliedschaft im neu gebildeten Landeskirchenrat und wurde als Pfarrer an der Christuskirche in Ziebigk eingesetzt. Im Jahre 1961 wählte ihn die anhaltische Landessynode zum Kirchenpräsidenten sowie Vorsitzenden des Landeskirchenrates der Evangelischen Landeskirche Anhalts. Seit 1963 versah Müller seelsorgerischen Dienst als zweiter Pfarrer an der Dessauer Johanniskirche, 1970 zog er sich altersbedingt von all seinen Funktionen zurück. Martin Müller verstarb im Sommer 1989 im Alter von 86 Jahren in seiner Heimatstadt Dessau.

Würdigung:
Martin Müller positionierte sich ab 1933 deutlich gegen den nationalsozialistischen Terror und warnte vor einseitigen politischen Bindungen. Er war Gründungsmitglied der Bekennende Kirche (BK), eine Oppositionsbewegung evangelischer Christen gegen Versuche einer Gleichschaltung von Lehre und Organisation der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) mit dem Nationalsozialismus. Die BK reagierte darauf mit einer Abgrenzung ihrer Lehre, Organisation und Ausbildung, später auch mit politischen Protesten (Kirchenkampf). Sie beanspruchte seit ihrer Gründung im Mai 1934, die einzige rechtmäßige Kirche zu sein, und schuf sich mit einem kirchlichen „Notrecht“ seit Oktober 1934 eigene Leitungs- und Verwaltungsstrukturen. Als Vertreter des Bruderrates der Anhaltischen Landeskirche nahm er an den Bekenntnissynoden in Barmen, Dahlem, Augsburg und Oeynhausen teil. Martin Müller schwieg nicht zu der drohenden Kriegsgefahr und zu dem Pogromen am 9. November 1938. In der Folgezeit wurde er und die Mitglieder der Bekennenden Kirche als "Judenknechte" und "Unverbesserliche" angeprangert und der öffentlichen Verachtung preisgegeben.

Nach 1945 wurde er in den Landeskirchenrat berufen und 1961 zum Vorsitzenden, mit dem Titel Kirchenpräsident gewählt. Im selben Jahr nahm er als Vertreter der Ev. Kirche der Union an der Weltkirchenkonferenz in Neu Dehli teil.

In der neu gegründeten DDR und in dem seit 1953 sich zuspitzenden Konflikt kämpfte er erneut gegen den ideologischen Druck der Staatsmacht. Er rief in seinen Predigten und im Vorträgen dazu auf, Kraft aufzubringen um sich gegen bestehende Verhältnisse zu wehren und wandte sich gegen die Abwanderung nach Westdeutschland.

Der Namen der Kirche in Ziebigk wurde 1950 auf seine Anregung hin zur "Christuskirche" umbenannt.

beschlossen im Stadtrat am

Frank Rumpf
Stadtratsvorsitzender